

Johannes Heinrichs:
Die Einheit von Geld- und Demokratiereform
Eine Neubearbeitung der Frage: Wie politisch ist die Freiwirtschaft?*

(erschieden in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Heft 129, Juni 2001, S. 33-42)

1. Frage-Alternativen

Die Themenstellung „Wie politisch ist die Freiwirtschaft?“ scheint zunächst der feuilletonistischen, fast poetischen Art anzugehören: Sie ist – in einem positiven Sinne - mehrdeutig. Sie bedarf selbst der Erläuterung, was deshalb kein Mangel ist, weil ein Denkanreiz von der Formulierung ausgeht. In ihr liegt aber auch ein Hinweis auf mangelnde politische Selbstreflexion der Geldreformbewegung. Nehmen wir also diesen Denkanreiz und die Herausforderung zur Klärung an. Welche Aufgaben können sich unter dieser Überschrift verbergen?

1.1 Hat die Freiwirtschaft einen politischen Inhalt und politische Brisanz?

Diese Frage ist schnell beantwortet, noch bevor wir näher auf den Politik-Begriff eingehen: Die politische Brisanz wäre ungeheuer. Und es ist seit Silvio Gesells Zeiten die Lieblingsbeschäftigung der Freiwirtschaft, sich die positiven gesamtpolitischen Folgen einer „zinsfreien“ Währung auszumalen: Aufhören des widernatürlichen Wachstumszwangs, Aufhören der fortschreitenden Vergrößerung der Kluft zwischen Reich und Arm, der infolgedessen weltweiten Kluft zwischen Nord und Süd, Aufhören der ruinösen Staatsverschuldungen mit all den Folgen für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, von denen wir täglich hören, usw. Nur, Visionen ausmalen und Phantasien gerechterer Zustände zu entwickeln ist nicht dasselbe wie sie politisch zu verwirklichen. Dieser „feine“ Unterschied blieb in der Geschichte der Freiwirtschaft ständig bestehen, und teilweise zu unbefragt.

1.2 Wurde und wird dieser politisch brisante Inhalt auf politisch geschickte Weise vermittelt?

Diese Frage für die etwa 80-jährige Geschichte zu beantworten, würde in diesem Rahmen viel zu weit führen.¹ Für die Gegenwart, die uns hier allein angeht, beantwortet sich diese Frage auf einzig ehrliche Weise: mit dem Eingeständnis der fast völligen Erfolglosigkeit. (Manche munkeln, ein Mann wie Oskar Lafontaine stünde innerlich auf Seiten der Freiwirtschaft. Ich zweifle sehr daran. Hätte er doch durch seinen Amtsverzicht alle Möglichkeiten gehabt, sich selbst und einer Geldreform weltweite Beachtung zu verschaffen.) Nun gibt es natürlich viele Gründe für den Widerstand der Geldmächte. Wie kommt es aber, daß auch die Benachteiligten, etwa die weltweit riesigen Heere von Arbeitslosen, sowenig erreicht und bewegt werden können – obwohl doch die Einsicht, daß es wie bisher nicht weitergehen kann, zumindest in diesen Kreisen auf offene Türen stößt?

1.3 Wie gibt sich die Freiwirtschaft parteipolitisch?

* Ursprünglich als Vortrag in Wuppertal-Nevinges, im Rahmen der Tagung „Freiwirtschaftliche Reformen gegen Kasino-Kapitalismus“, 2.Sept. 2000. In 1. Fassung erschienen in: DDW 11/2000.

¹ Vgl. dazu das reichhaltige Geschichtswerk von Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891-1992/93; ferner: Werner Onken/Günter Bartsch, Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz. Anpassung und Widerstand, Lütjenburg 1997.

Hiermit ist die Frage aufgeworfen: Ist eine eigene effektiver und angemessener oder das Hineinwirken in die anderen Parteien und Bewegungen? Ich habe für beide Positionen Verständnis und Sympathie.

Was den Erfolg bzw. Mißerfolg einer eigenen freiwirtschaftlichen Partei angeht: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der 5%-Klausel in Deutschland scheint es für eine Ein-Punkt-Bewegung so gut wie unmöglich, diese Hürde überspringen zu können. Also reduziert sich die Frage nach dem Sinn einer „Partei“ derzeit auf die günstigere Rechtsform im Vergleich zu einem eingetragenen Verein. Selbst wenn man den Vergleich zum biologischen Landbau heranzieht, dessen Durchsetzungschancen vor der BSE-Krise nicht viel höher lagen und nun plötzlich hochgeschnellt sind – die vergleichbare Krise des Geldes für das öffentliche würde ungleich dramatischer ausfallen. Auf sie zu warten, sie „herbeizureden“ würde die Unbeliebtheit der Freiwirtschaftler nur vergrößern. Aber wäre die „Freisoziale Union“ eigentlich für eine – vielleicht vor der Tür stehende - Weltkrise geistig und politisch wirklich gerüstet?

1.4 Zur Mitwirkung der Freiwirtschaftler bei den Grünen

Zum Hineinwirken in andere Parteien sei das besondere Beispiel der grünen Aufbruchsbewegung seit den siebziger Jahren gewählt. Warum die Freiwirtschaftler dort im Endeffekt nicht weitergekommen sind, bedürfte einer gründlichen, neutralen Analyse – wohlgerne des Verhaltens der freiwirtschaftlichen Vertreter, nicht allein der Widerstände auf der anderen Seite. Ein Hauptgrund ist meines Erachtens ein gewisser sektiererischer Dogmatismus: Keiner kann es hören, wenn immer nur eine Kausalität – das Zinseszins-Geldsystem – stereotyp für alle Übel verantwortlich gemacht wird. Selbst wenn das sachlich nicht falsch wäre, stimmt etwas nicht mit der Art des Vorbringens: Das Gesamt des gesellschaftlichen Lebens ist nicht im Blick bei diesen dogmatischen One-Point-Vertretern. Logisch streng genommen ist das Pochen auf den einzigen Punkt jedoch auch falsch: Die Geldreform (einschließlich Bodenreform) ist *notwendige, nicht aber schon hinreichende Bedingung* für eine gute Gesellschaft. Dies ist die logisch-nüchterne Formulierung des Unbehagens, das beim einseitigen Pochen auf einen einzigen Punkt meist ausgelöst wird.

Hinzukommt aber, daß ein Fehler der Grünen selbst dieses Nichtankommen bedingte und daß dieser Fehler von den Freiwirtschaftlern unter den Grünen wiederholt worden zu sein scheint. Ich spreche von einem „*ökologischen Objektivismus*“ der grünen Bewegung. Damit meine ich, daß zwar ökologische Gefahren und Zusammenhänge mit teilweise bewundernswerter Sachkenntnis aufgezeigt werden, daß jedoch nicht darüber nachgedacht wird, wie denn das *kollektive Subjekt*, die Gesellschaft mit ihren Institutionen, effektiv diesen objektiven Zusammenhängen Rechnung tragen kann. Zu den ursprünglichen Programmworten der Grünen – „ökologisch, basisdemokratisch, sozial, gewaltfrei“ - gehörte zwar das Stichwort „basisdemokratisch“. Doch liegt ein ganz großes Defizit der Grünen darin, Demokratietheorie und –praxis kaum vorangebracht zu haben. Es hat sich daher das kollektive, gesellschaftliche Subjekt, es haben sich die parlamentarischen und exekutiven Instanzen nicht so entwickelt, daß die Gesellschaft auf die ökologischen Einsichten und Herausforderungen effektiv und rechtzeitig genug eingehen könnte bzw. die „politische Klasse“ – ich verwende den verräterischen Ausdruck hier bewußt! - darauf wirklich eingehen mußte, und zwar nicht bloß in eher abwiegelnder Art, durch Bildung eines Ministeriums für Umweltschutz usw.

Es geht hier nicht um weitere politische Analyse der Grünen, sondern um allein um den Hinweis auf den bei ihnen (zunächst) vorherrschenden ökologischen Objektivismus: die

Vergessenheit des gesellschaftlichen Subjekts und seiner Formierung, somit die Vergessenheit der Machtfrage und der dazugehörigen Institutionenfrage – was allzuleicht bei manchen ihrer Vertreter in Opportunismus umschlagen kann.

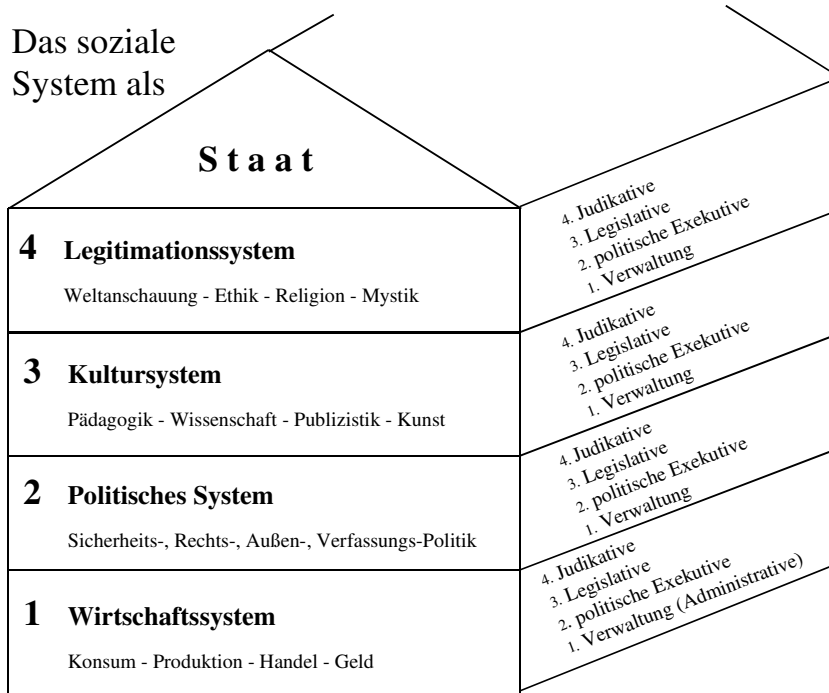
In ihrer gesellschaftsvergessenen Sorge für die Natur haben die meisten Grünen deshalb auch die gesellschaftliche Machtfrage in Gestalt der Geldfrage nicht erkannt. Aber haben dies denn die Freiwirtschaftler unter ihnen hinreichend erkannt und herübergebracht? Oder haben sie sich einen dem ökologischen Objektivismus analogen „*geldtheoretischen*“ *Objektivismus* zusätzlich geleistet? Diese Frage führt über die Frage nach parteipolitischen Bündnissen weit hinaus und hinein in die fundamentale Frage:

1.5 Geht die freiwirtschaftliche Bewegung geschickt und überhaupt bewußt genug mit der politischen Frage als der Machtfrage um?

Politik ist als Umgang mit Macht, als Regulierung von Machtkompetenzen, zu definieren.

Im modernen Rechtsstaat sind diese Machtkompetenzen rechtlich geregelt, nicht mehr traditionell durch die (oft als Vorwand mißbrauchte) Religion, durch Regentschaft „von Gottes Gnaden“. Der ganze moderne Staat ist ein rechts-politisches, nicht ein bloß wirtschafts-politisches (plutokratisches) oder macht-politisches (diktatorisches) noch ein religions-politisches (traditionell theokratisches) Gebilde, weil in ihm – zumindest dem Anspruch nach! - die Macht fundamental durch Recht reguliert wird.

Aber innerhalb dieses Ganzen unterscheiden sich eine politische Sphäre engerem, untergeordneten Sinn von den anderen Sphären oder Subsystemen. Diesmal sei nur als Hintergrund meiner Überlegungen sei an dieses viergegliederte Haus der staatlich organisierten Gesellschaft (in einer gegenüber er 123. Folge der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ etwas weitergeführten Form) erinnert:



Wie **Geld** das formalisierte, d.h. eigens dazu geschaffene² Medium der Wirtschaftssphäre darstellt, so hat auch die politische Sphäre (im weiteren wie im engeren Sinne) ein Medium, wodurch Macht kanalisiert wird: **das Recht**. Das zusammenfassende Hauptmedium der Interaktion auf der Ebene der Kultur stellt **die Sprache** dar, das auf der Legitimations- oder Grundwerteebene besteht in **Grundprinzipien** (z.B. religiöse Dogmen) und deren Ausdrucksformen, die **Riten**, die es auch in einer säkularisierten Gesellschaft gibt.

Überblick über die formalisierten Interaktionsmedien der vier Subsysteme

- (4) Grundprinzipien/Riten
- (3) Sprache
- (2) Recht
- (1) Geld

Recht stellt das Medium der Regulierung von Macht dar. Politisch im rechts-politischen, und das heißt heute im demokratischen Sinn, ist man also, wenn man die formellen Rechtsstrukturen oder die informellen Machtstrukturen zu ändern bestrebt ist bzw. dies vermag.

Daß heute nicht das Recht, sondern das Geld regiert, daß wir also eher in einer Plutokratie als in einem Rechtsstaat leben, dürfte die (zumindest implizite) Meinung vieler freiwirtschaftlicher und anderer Zeitbeobachter sein. Die Sache wird jedoch dadurch

² Bei T. Parsons und in Anschluß an ihn bei N. Luhmann und J. Habermas gibt es die Lehre von Interaktionsmedien. Hierbei wird jedoch nicht zwischen formalisierten und informellen Medien oder Handlungsbereichen unterschieden. Zu letzteren gehören Vertrauen, Macht, Liebe – kategorial offensichtlich von anderem Status als die obigen formellen oder formalisierten Medien. Aufgrund der genannten Verwechslung bleibt die Lehre von Interaktionsmedien bei den genannten Autoren fast folgenlos. Es fehlt die Zuordnung zu den Subsystemen, an deren Konstituierung die formalisierten Medien wesentlichen Anteil haben.

komplizierter, daß die Plutokraten, die verhältnismäßig wenigen Reichen, es – bewußt oder unbewußt - vermögen, sich zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen des Rechtsstaates zu bedienen, in unseren Breiten nicht unmittelbar durch Rechtsbeugung, sondern durch das Wirtschaftsrecht selbst, angefangen beim Boden- und Eigentumsrecht. Das Geldwesen stützt sich auf das Recht, nachdem das Recht den Interessen der Geld- und Grundbesitzer gemäß formuliert wurde, einschließlich der Duldung und rechtlichen Sanktionierung der (einst staatlich-kirchlich verbotenen) Zinserhebung für verliehenes Geld – scheinbar ein bloßes Marktgesetz. Das ist der monetäre Teufelskreis³ unseres Rechtsstaates, wenn wir die leicht dienstbar zu machenden Ebenen Kultur und Religion im Moment beiseite lassen.

Die immer wieder gestellte Frage nach der politischen Strategie der freiwirtschaftlichen Bewegung wird erst dann adäquat gestellt, wenn klar erkannt ist, daß die Wiederholung noch so hehrer Wahrheiten nichts nützt, wenn nicht die Frage der Macht und somit – da Gewaltanwendung ausgeschlossen werden soll – die Frage der gewaltfreien Veränderung des Rechtssystems, also der Verfassung allgemein und der Wirtschaftsverfassung insbesondere, sowie der das Rechtssystem bestimmenden Kräfte mit aller Deutlichkeit und Nachdrücklichkeit gestellt wird. Es geht um Demokratie versus Plutokratie.

Der übliche sprachliche Unterschied von Taktik und Strategie soll durchaus beachtet werden: Uns muß zuerst die *Grundsatzstrategie* kümmern. Erst daraus kann sinnvollerweise tagespolitische Taktik folgen.

2. Theoretische und beobachtbare Strategie-Alternativen

2.1 Kleiner Kreis von Erleuchteten (mit irrationaler Hoffnung): Ignorieren des Machtproblems

Ich glaube, hier die klassische Position der meisten älteren Freiwirtschaftler erkennen zu können. Dieses Ignorieren ist im Grundsätzlichen bei Silvio Gesell vorprogrammiert: Er kennt nur das Medium Geld. In seiner Schrift „Der abgebaute Staat“ von 1927 wird die Sphäre des Politischen geradezu vom Grundsatz her als eine eigenständige ignoriert. Ich sage „vom Grundsatz her“: Unvermeidlich muß sich jeder taktisch verhalten und wird sich in Aktionen einlassen, wenn er eine geniale Erfindung bekannt machen will. Gesell wurde sogar Volksbeauftragter in der bayerischen Räteregierung (1919). Das spricht aber noch nicht für ein grundsätzlich durchdachtes Verhältnis zur politischen Sphäre.

2.2 Kleiner Kreis von Eiferern mit punktuellen Miniaktionen

Gemeint sind kleine taktische Manöver, die oft Ersatzhandlungs-Charakter haben, von denen aber abzusehen ist, daß sie nicht weit führen können. Sofern sie nicht Zeichen- und Aufforderungscharakter für ein großes Publikum oder Multiplikatoren erlangen, beruhen sie oft ebenso auf dem Verschließen der Augen vor dem Machtproblem. Natürlich liegt die Klugheit des „Das bringt doch nichts“ hier oft nahe bei der Bequemlichkeit. Wer klug sagt: „Das bringt doch nichts“, sollte mit derselben Klugheit Vorschläge machen, was stattdessen etwas bringen könnte.

2.3 Vorbildliche Aktionen wie Wörgl, Schwanenkirchen und heute die Tauschringe

³ Vgl. J. Heinrichs, Sprung aus dem Teufelskreis. Logik des Sozialen und Natürliche Wirtschaftslehre, Wien 1997.

Bernard Lietaer spricht der noch immer wachsenden Tauschringbewegung die Fähigkeit zu, ernstzunehmende Komplementärwährungen hervorzubringen und den vergeblichen Frontalangriff gegen das herrschende Geldsystem durch eine Umgehungsstrategie zu ersetzen.⁴

2.4 Hoffnung auf Unterlaufen des Zinsgeld-Systems von innen her durch die neuen Möglichkeiten eines internet-gestützten Barter-Systems

Hier sind sowohl die beiden Bücher von B. Lietaer (bei kühner Interpretation) wie noch weitergehende Perspektiven zu nennen, die ich hier nicht beurteilen kann noch will. Es ist eine aufregende, nicht zu verschlafende Perspektive, daß das Internet heute einen Tauschhandel auch in großem internationalen Stil ermöglichen könnte, bei dem die offiziellen Währungen außen vor blieben! Gerade zur Internet-Verrechnung von Gütern und Dienstleistungen wären aber politische Rechts-Strukturen und rechtliche Sanktionen gegen Betrug erforderlich. Wie ja überhaupt der Markt schon immer eine politische, machtmäßig und rechtlich regulierte Veranstaltung war: Niemals hat es längere Zeit einen nur-ökonomischen, völlig politikfreien, d.h. von Machtstrukturen unabhängigen Markt gegeben! Der „freie Markt“ ist im Grunde etwas politisch-rechtlich erst Herzustellendes und bisher immer nur fragmentarisch und illusorisch verwirklicht worden.

2.5 Verbindung mit der Demokratiebewegung

Das Eingeständnis, daß es außer dem Geld noch andere soziale Interaktionsmedien („Währungen“ der symbolischen Interaktion in einem weiten Sinn) gibt, stellt für freiwirtschaftlich Denkende keine Kleinigkeit dar.

In der Politik ist das Streben nach machtmäßiger Verwirklichung maßgebend und, zusammen mit der mehr oder minder klaren theoretischen Zielsetzung, schon die Hälfte des Erfolgs – sofern sich Streben und Zielsetzung von ungefähren Träumereien, Luftschlössern, Größen- und anderen (sehr verbreiteten!) Wahn- und Wunschphantasien durch den Realismus klarer, verwirklichungsfähiger Zielsetzungen unterscheiden.

Die Frage: „Wie politisch ist die Freiwirtschaft?“ konkretisiert sich demnach zu der Frage: Wie geht sie mit den Rechts- und Machtstrukturen um? Welche realistische, zur Veränderung befähigte Aufmerksamkeit wendet sie ihnen zu? Wie verbreitet ist unter ihren Mitgliedern die Einsicht, daß Phantasien über Funktionieren von Geld als „reinem“ Tauschmittel nicht genügen, wenn diese Einsichten nicht zur Änderung von Rechts- und Machtstrukturen führen oder zumindest dazu beitragen?

In diesem Sinn müßte die Antwort auf die mir gestellte Frage lauten: *Die Freiwirtschaft ist solange noch oder wieder⁵ vollkommen unpolitisch – solange sie nur vom Geld spricht und die es stützenden sowie von ihm gestützten rechtlich politischen Strukturen nicht ebenso ernsthaft in Betracht zieht.* Etwa nach der Wende von 1989 wäre wenigstens das

⁴ Bernard Lietaer, Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen, München 1999; derselbe, Mysterium Geld. Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus, München 2000.

⁵ Josef Hüwe weist dankenswerterweise in einem Leserbrief folgende freiwirtschaftliche Autoren hin, die seiner Auffassung nach die gesamtpolitische Dimension der Geldreformbewegung schon thematisiert haben: Johannes Ude, Emmy Wagner, Rudolf Kinsky, Paul Bauschulte, Heinz Hartmut Vogel, Hans-Joachim Führer. (DDW 11(1996). Mit geht es indessen präziser um den Zusammenhang der Geldreform mit einer *heute anstehenden, in ihrer Notwendigkeit erst selten erkannten Grundsatzreform unseres parlamentarischen Systems.*

konzentrierte Ansetzen bei der Bodenreform politisch weit realistischer und dringlicher gewesen.⁶ Daß es nicht geschah, ist auf einen konstitutionellen Mangel an politischem Instinkt zurückzuführen.

An diesem Befund des unpolitischen Geistes und der entsprechenden Wirkungslosigkeit ändern auch die oft vorzüglichen politischen Kommentare oder Glossen in freiwirtschaftlichen Zeitschriften nicht viel. Warum? Weil die Zuwendung zum tagespolitischen Geschehen zwar intern, unter Eingeweihten, eine politische Sichtweise bestätigen oder steigern – aber nichts ändern kann. Änderung der Macht- und Rechtsverhältnisse geschieht heute nur, indem man das bestehende Parteienspektrum bzw. das scheindemokratische Parteiensystem überhaupt sprengt, nicht indem man es mit kritischen Ornamenten versieht.

Aus all diesen Überlegungen ergibt sich das Postulat einer Verbindung mit der derzeitigen Demokratiebewegung, und zwar sowohl mit der Bewegung für mehr *direkte* Demokratie wie mit der (erst anlaufenden) für strukturierte, nach den sozialen Subsystemen vernunftgemäß *gegliederte Demokratie* (Viergliederung nach Heinrichs, die positiv Rudolf Steiners Dreigliederungsimpuls aufnehmen will, obwohl sie gedanklich unabhängig von Steiner entwickelt wurde). Nur zusammen mit Theorieansätzen von solch großer konstruktiver Tragweite kann heute praktisch verändert werden, können die massenhaft bereitsstehenden Energien des guten Willens zur Veränderung auf ein konkretes Ziel, eine Realutopie, hin gelenkt werden.

3. Die 7 Strategie-Schritte im Sinne der Engpaß-Konzentrierten-Strategie

(nach Wolfgang Mewes und Vladimir Svitak)

An dieser Stelle möchte ich anknüpfen an einen wichtigen Aufsatz von Vladimir Svitak, der als Vorveröffentlichung eines Sammelbandes unter dem Titel „*Erfolgsstrategien für Wirtschaft und Gesellschaft*“ erschienen ist.⁷ Ich versuche, das Wesentliche der sieben Strategie-Schritte zusammenzufassen, mit denen ich (auch aufgrund vorheriger Abstimmungsgespräche mit Dr. Svitak) vollkommen übereinstimme.

3.1 Analyse der besonderen Eigenschaften und Stärken der „alten Maschine“ Freiwirtschaft

Problembewußtsein, Überblick und Veränderungswille sind die in hohem Maße vorhandenen Stärken der Freiwirtschaft. Wie gehen die alten und neuen Geldreformer damit um? Werfen sie es resigniert auf den Schrotthaufen der Geschichte, wie – im Beispiel von Mewes und Svitak – ein Herr Jansen es mit seiner alten, scheinbar schrottreifen Papiermaschine hätte tun können? Oder können sie mit diesem alten, angestauten Bewußtseins- und Resignationspotential etwas Konstruktives, verblüffend Weiterführendes anfangen?

3.2 Suche nach der erfolgversprechendsten Verwendung: Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform

⁶ Vgl. die Arbeiten von Fritz Andres zur Bodenreform aus der Zeit vor und nach der Wende von 1989 und seine Beiträge in „Fragen der Freiheit“, Heft 245: Fortschritt und Armut. Leben und Werk Henry Georges, Bad Boll 1997.

⁷ Vladimir Svitak, Erfolgsstrategien für Wirtschaft und Gesellschaft, in: DDW 7/2000, S. 10-15.

Was zur Zeit der Weimarer Republik fehlte, war die Erkenntnis des Zusammenhangs von Geld- und Demokratiereform und der Blick auf einen konstruktiven Ausweg auf politischer Ebene. Wir erlebten damals einen für Deutschland und die ganze Welt verhängnisvollen Rückfall in autoritäre Strukturen. Heute gibt es eine – wenngleich noch kleine – Bewegung für Demokratiereform, selbst wenn das Gros der Parteipolitiker unermüdlich versichert, an unserer besten Demokratie aller Zeiten sei grundsätzlich alles in Ordnung. Dabei wird nicht einmal im formalen Sinn der Auftrag des Grundgesetzes ernstgenommen, das deutsche Volk solle eine Verfassung in Kraft treten lassen, die von ihm „in freier Entscheidung beschlossen worden ist“ (Artikel 146 GG). Viel weniger wird die Notwendigkeit großer struktureller Verfassungsreformen erkannt, es sei denn – allmählich - durch verstärkte direktdemokratische Elemente (Volksabstimmungen, Volksentscheide).

Es ist die Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform, die beide gleichzeitig, im Sinne eines Synergieeffektes, stärken würde. Die Politikverdrossenheit verwandelt sich in Reformwillen, sobald konstruktive Auswege, die Verbindung des Anliegens direkte Demokratie mit dem der strukturierten, viergegliederten Demokratie, sichtbar werden: Bestimmung des sozialen Ganzen von den Grundwerten (Ebene 4) statt von der Wirtschaftsmacht (Ebene 1) her, dies aber ohne Rückfall in autoritäre (gar theokratische, gottesstaatliche) Bahnen.

„Politik kann man in diesem Land definieren als die Durchsetzung wirtschaftlicher Zwecke mit Hilfe der Gesetzgebung“ (Kurt Tucholsky anno 1919!), selbst wenn man nicht vom Parteispenskandal wüßte! Wann wird man sie definieren können als effektive *Durchsetzung eines pluralistischen Grundwerte-Konsenses in Kultur, Politik und Wirtschaft?* Welche Wirtschaft ermöglicht diese Art von „Nachhaltigkeit“ in einem spezifisch sozialen Sinn von kreislauffähiger Gesellschaft? Diese Frage wird zur Leitfrage der gemeinten Ideenverbindung von Geld- und Demokratiereform werden! Die einfache, aber entscheidende Einsicht, wie unsere Politik (im engeren wie im weiteren Sinn) derzeit von der Wirtschaft her dominiert wird, wird zur Einsicht, daß sich die Demokratiebewegung mit der Geldreformbewegung verbinden muß und umgekehrt.

3.3 Suche nach der erfolgsversprechendsten Zielgruppe:

Bei dieser Suche stoßen wir:

- erstens auf die vielen *Tauschringe*,
- zweitens auf alle gesellschaftlichen *Reformgruppen*, denen der Zusammenhang ihres spezifischen Anliegens mit der Geldfrage sowie mit der Demokratieproblematik bereits bewußt ist oder leicht bewußt gemacht werden kann: z. B. alle ökologischen und alternativ gesundheitsbezogenen Gruppen (weitere Beispiele unten);
- drittens – so möchte ich zu Svitak hinzufügen – auf die hunderte von *ökologischen Dorfgemeinschaften* neuen Stils, die gerade dabei sind, sich in politischer Absicht zu vernetzen;⁸
- viertens sollten die „Gruppen“ genannt werden, die es leider bisher nur im statistischen Sinne, zuwenig als Gemeinschaften und effektive Organisationen sind: die *Arbeitslosen* und *Sozialhilfeempfänger*, die mehr oder weniger schuldlos *Verarmten* (darunter auch viele altersarme Rentner) und von unserem Kapitalismus an die Wand Gespielten. Es ist überhaupt die Frage, warum die Geldreformer noch keine Arbeitslosenproteste organisiert

⁸ Eine beratende Versammlung „Gemeinschaften und zukunftsfähige Politik“ fand vom 14.-16.7.2000 im Ökodorf Sieben Linden (Nähe Salzwedel) statt. – Ein Verzeichnis europäischer Gemeinschaften und Ökodörfer „Eurotopia“ ist für 20,- DM erhältlich über Tel. 039000-51231, Fax –51232.

haben. Wo sonst laufen wir so offene Türen ein wie bei den eigentlichen „Kostenträgern“ des gegenwärtigen Geldsystems?

3.4 Suche nach der brennendsten Marktlücke: Vereinzelung durch Vernetzung überwinden

Alle diese Zielgruppen haben ein Grundproblem gemeinsam: das der Vereinzelung. Diese Reformgruppen (Umwelt- und Tierschützer, Ökobauern, Vegetarier bzw. Menschen, die die Notwendigkeit erkennen, den Fleischkonsum drastisch zu reduzieren, Naturkostfreunde, Gesundheitsgruppen, Pharmageschädigte, Förderer von Solar- und anderer alternativer Energie, christliche Gemeinschaften für Entschuldung der Dritten Welt, Theosophen, Anthroposophen und andere spirituelle Gruppen, Friedens- und Menschenrechts-Gruppen, Vereinigungen für Erhaltung der nationalen Sprachen usw.) brauchen keineswegs ihr jeweiliges Spezifikum aufzugeben, um zu erkennen, daß sie alle übereinkommen können – wenn sie gesamtpolitische Wirksamkeit und nicht nur Nabelschau wünschen – in der Notwendigkeit von Geld- und Demokratiereform. Diese Ideenverbindung darf ihnen aber nicht wie etwas Fremdes von außen nahegebracht werden, als wären ihre jeweiligen Anliegen unwichtig; sie müssen und können selbst erkennen, daß mit diesem doppelten Fokus die notwendige Bedingung für die Verwirklichung ihrer besonderen Anliegen ausgesprochen ist. Dazu müssen die Geldreformer aber selbst das große Ganze erkennen. Und nicht mehr bloß erkennen (das war teilweise seit langem der Fall), sondern diese einzelnen Anliegen sowie die damit verbundene Notwendigkeit einer Überwindung der jetzigen Parteiendemokratie praktisch anerkennen!

Vernetzung tut also not, wahrscheinlich am ehesten durch eine Vernetzungs-Zentrale im Internet, der ein neuartiges Print-Medium flankierend zur Seite tritt. Darüber wird, wie schon Svitak berichtete, derzeit intensiv nachgedacht.

Die Vernetzung ist jedoch keine bloß technische, sondern eine geistige Aufgabe. In dem Sinne war schon früher von einem ganzheitlichen oder *integralen Paradigma* die Rede⁹: Auch wenn die Geldreformer weiterhin ihre eigene Spezialität und Botschaft pflegen sollen, muß die Offenheit auf das Ganze der neuen Gesamt-Reformbewegung da sein und sichtbar werden. Kurz, geistige Vernetzung statt geistiger Abgrenzung.

3.5 Vorsprung durch Innovation: Meinungsführerschaft nutzen und ausbauen

Weil die Ideenverbindung Geld- und Demokratiereform allerdings *die notwendige Bedingung für alle anderen, verwandten Reformbestrebungen darstellt* und weil sie in dieser Doppelgestalt von Hause aus politisch ist, kann und wird sie eine Meinungsführerschaft erlangen, sobald die genannten und andere Reformgruppen sich selbst in politischer Absicht zu vernetzen beginnen. Solche Meinungsführerschaft – der Marktführerschaft im Wirtschaftlichen vergleichbar – erzeugt einen positiven Strudel. In dieser Phase wird die „Erfolgsspirale“ im Sinn der engpaßkonzentrierten Strategie wirksam werden. Die Aufbruchsstimmung, die zu Anfang der 80er Jahre die grüne Bewegung trug, wird nun auch der vernetzten Bewegung für Geld- und Demokratiereform zugute kommen – mit dem Unterschied, daß diese klarer durchdacht, ausgereifter, noch vielseitiger, brisanter und notwendiger ist.

Man könnte den Einwand machen, mit solcher „Meinungsführerschaft“ würde doch ein Vorrang vor allen anderen Gruppen-Anliegen beansprucht. In der Tat ist hier nicht allein eine

⁹ J. Heinrichs, Der vierfache Pfad, in: DDW 2/1999, S. 29-35.

zeitliche Priorität gemeint wie im geschäftlichen Konkurrenzkampf. Bei der Geld- und Demokratiefrage handelt es sich um eine sachliche Priorität insofern, als es bei ihr um die *Bedingungen der machtentlasteten Kommunikation* über alle anderen Sachthemen geht. Das ist heute das Problem: allererst Verfahren der fairen Kommunikation (um nicht verkürzend „Diskurs“ zu sagen) über die anstehenden gesellschaftlichen Probleme herzustellen.

3.6 Integrale Kooperation: „spiritueller“ Geist der Synergie statt Konkurrenz

Die grüne Bewegung blieb (bisher) zu einseitig emotional getragen, trotz durchaus vorhandenem spezialistischem Fachwissen über Umweltschutzprobleme. Nicht nur der Sinn für strukturelles Denken, das für die Geld- und Demokratiereform unerlässlich ist, wurde unterbewertet. Auch wurde den spirituellen Kräften nicht wirklich Rechnung getragen, weil das Konzept für die korrekte, pluralismusfähige Transformation der Letztwerte (für den Einzelnen) und Grundwerte (für das Kollektiv) in Politik und Wirtschaft – über ein pluralistisches Grundwerteparlament mit durchgreifenden rechtlichen Kompetenzen für Rahmenbedingungen von Bildung (Kultur), Politik und Wirtschaft – fehlte.

Weil kein Einzelner, auch kein zufälliges Gremium, die Fähigkeiten des genauen Wahrnehmens, des logischen Denkens, des sensiblen Fühlens, der hellhörigen Intuition (um nur von den Erkenntnisvermögen zu sprechen) alle in gleichem Maße hat, weil keine Individuen, auch keine Gruppen alle Interessen, Begabungen und Einsichten in gleichem Maße kultivieren und die zugehörigen Aktionen ausführen können, kann die synergetische Kooperation, Kommunikation und Willensbildung nicht hoch genug bewertet werden.

Das bedeutet Verzicht darauf, die Begabungen und Interessen der anderen Einzelnen und Gruppen abzuwerten, für weniger wichtig zu erklären. Ähnlich wie im sozialen Ganzen Wirtschaft, Politik, Kultur und Religion in ein bewußtes, konstruktives Verhältnis gesetzt werden, so muß dies mit der ganzen Palette der menschlichen Wesenskräfte geschehen, sowohl *innerpersonal* wie, da jeder Mensch begrenzt ist, vor allem *interpersonal* – um der Kooperation und der Verwirklichung des gemeinsamen Zieles willen. Auch wenn dieses Ziel von den Einzelnen und Gruppen verschieden akzentuiert wird, die Geld- und Demokratiereform bildet den insofern gemeinsamen Nenner, als es um Herstellung der Kommunikationsbedingungen geht, sogar um deren „metakommunikative“ Voraussetzungen, die Letztwerte der Einzelnen und die Grundwerte des Gemeinwesens.

3.7 Von einem brennendsten Problem zum andern: institutionelle Realisierung der Geld- und Demokratiereform

Was in den vernetzten Gruppen beginnt, kann nicht anders, als in Theorie und Praxis auf die Gesamtgesellschaft und ihre Institutionen überzugreifen. Dieser Prozeß erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt, wenn er Eingang in den Deutschen Bundestag bzw. wenigstens in das Parteiprogramm einer etablierten Partei findet. Es läßt sich grundsätzlich nicht vorausbestimmen, bei welchem Postulat der integralen Geld- und Demokratiereform zuerst die eigentliche gesamtpolitische Realisierung begonnen werden kann. Voraussichtlich wird die Realisierung bei den brennendsten Sachproblemen, d. h. bei Arbeitslosigkeit, Steuern und Naturzerstörung beginnen – vor allem, nochmals, bei der *Arbeitslosigkeit*, dieser grausamen Ausgrenzung vieler dienstwilliger Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben. Doch immer wird sichtbar werden, daß eine ökonomische Grundlagenreform nicht ohne Reform der demokratischen Strukturen möglich, d.h. nicht allein durchführbar und nicht auf die

ökonomischen Strukturen begrenzbar ist – noch mehr als umgekehrt eine grundsätzliche demokratische Weiterentwicklung nicht ohne eine Grundlagenreform von Geldsystem und Bodenrecht möglich ist.

4. Die Einbeziehung der Ebenen Kultur und Grundwerte im Sinne eines integralen Ansatzes

4.1 Zusammenhang mit den Kulturfragen

Die Geld- und Reform richtet sich nicht allein gegen wirtschaftliche und politische Machtprivilegien, sondern auch gegen kulturelle Übermacht und die kulturell nivellierenden Folgen der Globalisierung unter kapitalistischem Vorzeichen. Zu ihr gehört deshalb auch Gewährleistung der Achtung vor der *kulturellen* Eigenständigkeit von Sprachgemeinschaften und Nationen. Deren rassistisch-blutmäßige Begründung wäre demgegenüber ebenso retrograd wie demagogisch.

Es bedarf einer klaren Unterscheidung zwischen gastgebenden Kulturen (Primärkulturen) und Gastkulturen (sekundären Kulturen) auf den verschiedenen nationalen Kultur-Territorien. Dies ist Voraussetzung echter „Gastfreundschaft der Kulturen“¹⁰, nicht eine Preisgabe der nationalen Identitäten. Allerdings muß sich der einzelne Zuwanderer entscheiden, ob und wie lange er persönlichen Gaststatus beibehält oder voll in die kulturelle Loyalität seines neuen Heimatlandes eintritt. Zwar sind – gemäß den oben genannten Systemebenen – verschiedene Zugehörigkeitsstufen möglich: wirtschaftliche, politische, kulturelle. Nation kann sich aber nicht als bloßer „Wirtschaftsstandort Deutschland“ noch als bloß politisch-rechtliche Verwaltungseinheit verstehen. Hierin keine Klarheit geschaffen zu haben, gehört zu den Defiziten unserer gedankenfremden Parteienherrschaft, die von realer Demokratie weit entfernt ist.

Diejenigen Postmodernisten und Vertreter einer solchen „reflexiven Moderne“ (Ulrich Beck), welche die historisch in Jahrtausenden gewachsenen Sprach- und Kulturgemeinschaften, die Nationen, als von Geschichte und Globalisierung überholt betrachten, werden von „der Geschichte“ noch eines Besseren belehrt werden.¹¹ Denn die Menschen werden sich diesen wesentlichen Rest an gesellschaftlicher Gemeinschaft auf Dauer nicht nehmen lassen – auch wenn wir derzeit eine Welle von angloamerikanischem Kulturimperialismus erleben, die zahlreiche Sprachen ausrottet oder zumindest auszuhöhlen droht wie selbst die in Europa am meisten gesprochene deutsche, während die Franzosen sich aktiver zur Wehr setzen. Die Grünen engagieren sich für die Erhaltung der biologischen Arten – bisher aber ebenso vehement gegen die Erhaltung kultureller Identitäten zugunsten eines kruden Internationalismus, für dessen Allerwelts-Langeweile uns unsere Nachkommen zur Rechenschaft ziehen werden. Der innere Zusammenhang zwischen Globalisierung nach kapitalistischem Muster und kultureller Nivellierung mit Sprachensterben sollte von Geldreformern zumindest erkannt, wenn nicht thematisiert werden. Silvio Gesell hat eine neutrale internationale Währung mit geregelten Wechselkursen zu nationalen Währungen vorgeschlagen und sich für die Verbreitung der Hilfssprache Esperanto eingesetzt.¹² Ein

¹⁰ So der Titel meines 1994 erschienenen Buches (Blaue Eule, Essen) mit dem Untertitel: „Multikulturelle Gesellschaft in Europa und deutsche Identität“.

¹¹ Vgl. dazu auch J. Heinrichs, Welche Globalisierung wollen wir?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 123. Folge (1999), S. 16-24. – Anders in diesem Punkt: Ulrich Beck, Was ist Globalisierung?, Frankfurt/M. 1998; derselbe (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt/M. 1998.

¹² Silvio Gesell, Internationale Valuta-Association, in: Gesammelte Werke. Bd. 12, S. 182-195 und 312-313; Statuten der Vereinigten Staaten von Europa, in: Bd. 15, S. 104.

entsprechendes Modell wäre für das immer dringlicher werdende Sprachproblem auf europäischer wie Weltebene anzustreben: eine einfache, allseits bejahte, neutrale internationale Verkehrssprache (z. B. Ido, eine Weiterentwicklung des Esperanto) - statt eines scheinbar naturwüchsig aufoktroierten internationalen Nationalsprache namens Englisch, die nur von *native speakers* wirklich zu beherrschen ist, jetzt schon für enorme kulturelle Ungleichgewichte sorgt, auch im wissenschaftlichen Bereich, und hunderte gewachsener Kultursprachen unterdrückt oder ganz sterben läßt.

4.2 Bezug auf die weltanschaulich-ethischen Grundwerte der Menschheit - ohne kollektiv verbindliche konfessionelle Bindungen

Unser weltanschaulicher „Pluralismus“ ist kein bloßes Sammelsurium, sondern hat selbst eine Wertgrundlage: die „metakommunikativen“, spirituellen Voraussetzungen für freie Kommunikation, also Menschenwürde, Letztwerte, als gemeinsame meist „Grundwerte“ genannt. Diese sind nicht von irgendwelchen Moraltheologen, philosophischen Ethikern und zufälligen (von den politischen Allround-Parteien beauftragten) Kommissionen zu überantworten, sondern primär der gesamtgesellschaftlichen Werte-Kommunikation, die in einem Grundwerte-Parlament effektiv in politische Grundsatzentscheidungen umgesetzt werden soll.

Die weltanschaulich-religiöse Systemebene gehört in einer pluralistischen Gesellschaft (Differenzierung von Staat und Religion!) aber nur im Sinne des interreligiös-ethischen Grundkonsenses, der Grundwerte und demokratischen Grundrechte, zu den Voraussetzungen einer staatlich-rechtlich organisierten Nation bzw. Völkergemeinschaft.

Es ist sowohl mit Silvio Gesells Geist wie mit der heutigen Situation der weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft unvereinbar, irgendwelche konfessionellen und weltanschaulichen Positionen mit der Freiwirtschaft oder Natürlichen Wirtschaftsordnung identifizieren zu wollen. Wir müssen uns klar auf den Boden eines humanistischen Grundwerte-Konsensus stellen. Welche religiös-weltanschauliche Begründung die einzelnen Mitglieder diesem Konsens geben, ist ihre individuelle Sache. Das kann in konfessionellen, spirituellen oder philosophischen Gruppen diskutiert werden, nicht aber in geldreformerischen. Da genügt es, auf den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen religiösen Grundwerten und dem Geldsystem hinzuweisen oder die Konfessionen an ihre eigenen ethischen Prinzipien (z.B. universale Menschenliebe) zu erinnern.

Die selbstverständliche weltanschauliche Zurückhaltung und Toleranz sind Voraussetzung für den allernächsten Schritt, um den es hier ging: Daß nicht von „Geldreform“ allein gesprochen wird, sondern von Geld- und Demokratiereform oder von „Gesellschaftsreform“ in ihrer ganzen politischen Breite. Durch diesen „vielfachen Pfad“ werden sich viele neue Kontakte, Bündnisse und Aktionsmöglichkeiten ergeben. Besser, es wird überall *auch* von Geldreform gesprochen als nur in „esoterischen“ Zirkeln *ausschließlich* von ihr und der „reinen“ Gesellschen Lehre.

Der erste Schritt hinein in die Erfolgsspirale ist diese eigene Bewußtseinsreform! Die politischen und ökonomischen Realitäten werden dem geöffneten Bewußtsein so plötzlich entgegenkommen wie der Rinderwahn den Bestrebungen nach ökologischer Landwirtschaft ...